

Erdogans Schwenk nach Westen wird seine Wirtschaft nicht retten

Der chamäleonhafte türkische Staatschef hat es ziemlich eilig, sich bei den Staats- und Regierungschefs des Westens und der Golfstaaten einzuschmeicheln, in der Hoffnung, den Verfall der Lira zu verlangsamen, und versucht gleichzeitig, seine Beziehungen zum Kreml nicht zu gefährden.

27. Juli 2028 | Ceyda Karan

Als politischer Maestro hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan wieder einmal bewiesen, dass er seinen Kurs zu ändern versteht. Nach seinem [überwältigenden Sieg](#) bei den Wahlen im Mai verschwendete er keine Zeit, um die aus dem gestärkten politischen Mandat gewonnene Autorität zu festigen, und startete eine turbulente Charmeoffensive im Westen und am Persischen Golf, um die Soft Power und die Wirtschaft der Türkei zu stärken.

Erdogan, der für seine Unberechenbarkeit sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik bekannt ist, geriet vor zwei Jahren in wirtschaftliche Turbulenzen, als seine umstrittene Niedrigzinspolitik einen Währungsboom auslöste, der zu einer [massiven Abwertung](#) der türkischen Lira führte.

Obwohl Kritiker vor den Gefahren dieser Strategie warnten, blieb Erdogan standhaft und behauptete, er sei ein „[Wirtschaftsexperte](#)“. Die inoffizielle Inflation stieg jedoch auf schwindelerregende 160 Prozent an, so dass dringender Handlungsbedarf bestand.

Rückkehr zu einer rationalen Politik

Schon vor dem verheerenden Erdbeben vom 6. Februar hatten die alarmierende Auslandsverschuldung, die künstliche Wechselkurskontrolle und die verschwenderische Wahlpolitik der Türkei erhebliche Bedenken hervorgerufen. Doch nach seinem Wahlsieg unternahm Erdogan einen entscheidenden Schritt, indem er [Mehmet Simsek](#), der für seine engen Beziehungen zum Kapital im Westen und am Persischen Golf bekannt ist, zum Leiter des Finanzministeriums ernannte. Dies bedeutete eine deutliche Wende zurück zu einer „rationalen Politik“.

Simseks erster Vorstoß war die Anhebung des Leitzinses von 8 auf 15 Prozent im Juni und dann auf 17,5 Prozent im Juli, ein Verstoß gegen das islamische „nas“-Prinzip. Aber das scheint der Abwertung der türkischen Lira nicht geholfen zu haben.

Heute ist das Hauptproblem für die türkische Bevölkerung die hohe Inflation. Offiziellen Angaben zufolge lag die Inflation im Juni bei 4 Prozent im Vergleich zum Vormonat und 38,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, doch unabhängige Wirtschaftsexperten vermuten, dass die reale Rate bei [108 Prozent](#) liegen könnte.

Angesichts des zunehmenden wirtschaftlichen Drucks führte Erdogan Erhöhungen für Rentner und die arbeitende Bevölkerung ein, die jedoch durch nachfolgende Preiserhöhungen schnell wieder zunichte gemacht wurden. Experten warnen davor, dass noch deutlichere Erhöhungen bevorstehen,

was die Sorge vor einer Hyperinflation verstärkt, insbesondere nach den für März 2024 geplanten Kommunalwahlen.

Während die Lebenshaltungskosten weiter in die Höhe schnellen, sind in der Türkei eklatante Ungleichheiten zu beobachten: Einst erschwingliche Automarken sind in den letzten zwei Jahren um 276 bis 440 Prozent teurer geworden, während reiche Unternehmer Steuern und Kreditschulden hinterziehen. Taxifahrer legen die Arbeit nieder, und die Arbeitnehmer organisieren kleinere Streiks, die die zunehmende wirtschaftliche Belastung im ganzen Land deutlich machen.

Sogar in Erdogans Anhängerschaft wächst der Unmut. Prominente Persönlichkeiten, die einst unerschütterliche Loyalität versprochen, gehen nun auf die Straße, um gegen die Erhöhung der Lebenshaltungskosten zu protestieren.

Beziehungen zur NATO

Erdogan, der versucht hatte, die Neutralität Ankaras in der Ukraine-Krise aufrechtzuerhalten, hatte die Waffenverkäufe an Kiew nicht vernachlässigt, während er gleichzeitig sein Getreidekorridor-Geschäft mit Moskau aufwertete. Am 7. Juli, drei Tage vor dem NATO-Gipfel, empfing Erdogan Präsident Wolodymyr Zelensky zu einem zweieinhalbstündigen Gespräch.

Auf der gemeinsamen Pressekonferenz [sagte](#) der türkische Präsident: „Die Ukraine verdient die NATO-Mitgliedschaft“, wofür er die Anerkennung von Zelensky erhielt. Mit Kiew wurde ein Abkommen über die Produktion der berühmten türkischen Bayraktar-Drohnen in der Ukraine unterzeichnet. Und unter Verstoß gegen das im letzten Jahr mit Russland geschlossene Abkommen wurden die Kommandeure des im Mai 2022 in Maruipol gefangen genommenen neonazistischen Asow-Bataillons freigelassen und durften mit Zelensky [zurückkehren](#).

Dann, am 10. Juli, hob Erdogan auf dem NATO-Gipfel in Vilnius sein Veto gegen Schweden auf, nachdem er sich monatelang vehement dagegen ausgesprochen hatte. Unter großem Beifall wurde angekündigt, dass das Beitrittsprotokoll dem türkischen Parlament vorgelegt wird.

Aus Moskauer Sicht spielen die Zustimmung zu Schweden, das de facto bereits Mitglied der NATO ist, oder das Abkommen mit Kiew über die Produktion von Bayraktar-Drohnen, das bereits mit leichter Verachtung bedacht wird, oder die möglichen militärischen Einrichtungen, die ohnehin getroffen werden, keine Rolle. Aber es ist klar, dass die starke Rhetorik über die „NATO-Mitgliedschaft“ der Ukraine und die Entsendung der Asow-Mitglieder in Russland großes Unbehagen ausgelöst haben.

Kurz darauf wurde das türkische Getreideabkommen mit Moskau am 18. Juli gegen Erdogans Willen und gegen die Bemühungen der Türkei, es aufrechtzuerhalten, [gekündigt](#). Der russische Präsident Wladimir Putin erwähnte nicht einmal Erdogans Namen, als er das Ende des Abkommens bekannt gab. Seit 15 Tagen beharrt Erdogan darauf, dass er mit Putin telefonieren und ihn im August empfangen wolle, obwohl er keine Antwort aus dem Kreml erhalten hat.

Erdogan sieht sich nun mit einer Rechnung für Erdgas in Milliardenhöhe konfrontiert, die Moskau vor den Wahlen verschoben hat. Deshalb ist das Schicksal von BOTAS, dem staatlichen Energieunternehmen des türkischen Staatsfonds, ein Grund zur Sorge.

Der politische Analyst und Russlandexperte Aydin Sezer verweist auf das „Misstrauen“, das Erdogan in Moskau geweckt hat, glaubt aber, dass die Situation durch die „Erwartung des Verständnisses“ seitens Ankaras ausgeglichen werden wird. „Es gibt ein gewisses Unbehagen, aber es scheint ein klassisches Ressentiment Putins zu sein“, sagte Sezer und betonte, dass „Erdogans Aufgabe angesichts der aufgeschobenen Erdgasschulden nicht einfach sein wird“.

Schwedens NATO-Angebot für EU-Mitgliedschaft

Seit dem Madrider Gipfel 2022 verhandelt Erdogan mit dem Westen über die NATO-Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands und die Erweiterung des Bündnisses und stimmte dem Beitrittsgesuch Finnlands im vergangenen April zu.

Bis zum NATO-Gipfel hielt er jedoch an seinen Forderungen fest, dass Schweden Verdächtige der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ausliefern, seine "Unterstützung für den Terrorismus" einstellen, die wegen der Operationen der türkischen Armee in Syrien verhängten Sanktionen gegen die Rüstungsindustrie aufheben und die Koranverbrennungen in Schweden beenden müsse.

Während seiner Reise nach Vilnius am 10. Juli machte Erdogan dann eine überraschende Ankündigung: Er schlug vor, den EU-Beitrittsprozess der Türkei [im Gegenzug](#) für die NATO-Mitgliedschaft Schwedens wiederzubeleben. Obwohl das Streben der Türkei nach einer EU-Mitgliedschaft nach den Wahlen bekräftigt worden war, wurde dies zunächst als routinemäßige Rhetorik Erdogans für das heimische Publikum wahrgenommen, und die an die Zustimmung zu Schwedens Beitritt geknüpfte Bedingung wurde im Westen nicht ernsthaft in Betracht gezogen. Nichtsdestotrotz wurde in der [gemeinsamen Erklärung](#) der NATO

- die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft der Türkei,
- die Aktualisierung des Abkommens über die Zollunion und
- die Visaliberalisierung bekräftigt.

Erdogan weiß sehr wohl, dass die EU-Mitgliedschaft der Türkei unwahrscheinlich ist. Die Visa-liberalisierung bleibt aufgrund des Abkommens von 2016, das die Türkei zu einer Pufferzone für Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa macht, ein ferner Traum. Im Zusammenhang mit der schwedischen NATO-Zulassung ist die einzige wahrscheinliche greifbare Entwicklung die Aufhebung der Beschränkungen für die türkische Rüstungsindustrie durch europäische Länder.

Erdogans westliche Neuausrichtung

Neu auf der geopolitischen Bühne ist die Bekräftigung der festen Position Ankaras innerhalb des atlantischen Blocks, nachdem es jahrelang mit Washingtons eurasischen Gegnern geflirtet hat. Bei seinem Treffen mit US-Präsident Joe Biden hob Erdogan die „unerschütterliche Unterstützung der USA für die EU-Mitgliedschaft der Türkei“ hervor. Selbst die deutsche Außenministerin Baerbock [erkannte](#) die Bedeutung der Türkei als „globaler strategischer Akteur“ an, obwohl sie das Land von den Überlegungen zur EU-Mitgliedschaft ausschloss.

Das Treffen zwischen Biden und Erdogan wurde zu einem Wettstreit der Versprechen. Als Folge des Kaufs von S-400-Kampffjets aus Russland durch die Türkei wurde Ankara 2019 aus dem westlichen F-35-Produktionsprogramm [ausgeschlossen](#), was zu Rückschlägen und finanziellen Verlusten in der türkischen Rüstungsindustrie führte.

Obwohl die Türkei 40 neue F-16 und Modernisierungspakete für 79 dieser Flugzeuge bezahlt hat, wurden die Flugzeuge und Teile nie geliefert. Auf dem NATO-Gipfel versprach Biden jedoch, den F-16-Prozess [zu unterstützen](#). Während der US-Kongress den Einsatz dieser Flugzeuge gegen Verbündete wie Griechenland in der Ägäis oder kurdische Separatisten in Syrien einschränkt, hat Biden seine Bereitschaft signalisiert, diese Hindernisse zu beseitigen. Es handelt sich also um bereits bezahlte, aber noch nicht erhaltene Kampffjets – als Gegenleistung für Ankaras Zustimmung zu Schwedens NATO-Bewerbung.

Sezer meint, Erdogan habe es wieder einmal geschafft, den Westen mit seinem Pragmatismus zu manipulieren. Sezer erklärt gegenüber *The Cradle*, dass er „gelbes Licht“ für Schwedens NATO-Mitgliedschaft gegeben habe, „als ob er Ja gesagt hätte, ohne Ja zu sagen“, und dass andererseits Erdogans Treffen mit Biden ein Anreiz für das US-Finanz-Establishment sein werde, seine Geschäftsinteressen in der Türkei wiederherzustellen.

Laut Dr. Fatih Yasli von der *Abant Izzet Baysal Universität* ist es Erdogans Hauptziel, die Beziehungen der Türkei zum Westen auf eine neue Ebene zu heben:

Die türkische Wirtschaft ist durch die Niedrigzins- und Hochkurspolitik der letzten zwei Jahre an den Rand des Bankrotts geraten. Es gibt kein Geld mehr in den Reserven der Zentralbank. Die Türkei steht vor einer Zahlungsbilanzkrise ... Erdogan hat keine andere Wahl, als sich dem Westen zuzuwenden und das Land wieder für Kapitalströme aus dem Westen zu öffnen.

Gespräche über Geld

Es ist unklar, ob oder inwieweit diese Manöver Erdogans kurzfristiges Ressourcenproblem lösen werden. Sein jüngster und auffälligster Schachzug war daher seine Reise an den Persischen Golf. Bevor er am 17. und 19. Juli nach Saudi-Arabien, Katar und in die Vereinigten Arabischen Emirate reiste, schickte er seinen Finanzminister Simsek, um den Weg zu ebnen.

Der Bankrott der neo-osmanischen Außenpolitik der Türkei ist in Westasien und darüber hinaus weithin bekannt. Die Beziehungen zu Abu Dhabi und dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman wurden in den letzten zwei Jahren wiederhergestellt, obwohl es in der Vergangenheit zu Spannungen wegen Themen wie dem Putschversuch vom 15. Juli und der Ermordung von Jamal Khashoggi im saudischen Konsulat in Istanbul gekommen war.

Während seiner Reise an den Persischen Golf betonte Erdogan das Bekenntnis Ankaras zu seiner militärischen Präsenz in Nordsyrien, aber es fanden keine Gespräche zu diesem Thema statt. In Dschidda wurden Abkommen in verschiedenen Bereichen unterzeichnet, darunter ein wichtiges Abkommen über den Export und die Zusammenarbeit beim unbemannten Luftfahrzeug Akinci.

In Abu Dhabi wurden Geschäfte im Wert von [50,7 Milliarden](#) Dollar angekündigt, die großes Interesse weckten. Während die versprochenen Dollarwerte als positiv für die türkische Wirtschaft angesehen werden, gibt es Zweifel an der unmittelbaren Realisierung der Investitionen, die auf früheren Zusagen beruhen, die nie zustande kamen.

Obwohl Erdogans Reise an den Persischen Golf eine bedeutende Anstrengung darstellte, die finanziellen und politischen Beziehungen der Türkei zu regionalen Akteuren zu stärken, glauben viele Beobachter, dass Erdogans Möglichkeiten nach den Kommunalwahlen 2024 begrenzt sein könnten,

wenn er gezwungen wäre, finanzielle Unterstützung von restriktiven, westlich geführten Institutionen anzufordern, was Ankaras volles Potenzial für eine östliche Hinwendung zum eurasischen Lager einschränken würde.